

Fortdauernde Straflosigkeit

Deutsche Menschenrechtsverteidiger sind tief besorgt über andauernde außergerichtliche Hinrichtungen und fabrizierte Anklagen

»Die Kultur der Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverletzungen wie außergerichtliche Hinrichtungen, das Verschwindenlassen von Personen und Folter ist in den Philippinen nach wie vor ungebrochen«, sagte Elmar Noé, Vorsitzender des deutschen Aktionsbündnisses Menschenrechte – Philippinen (AMP), zum Abschluss eines Besuches im Land.

Noé gehörte zu der Delegation von deutschen kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit Opfern von Menschenrechtsverletzungen vom 10. bis 14. Februar 2014 auf den Philippinen traf. Sie führte auch Gespräche mit Menschenrechtsverteidigern, Partnerorganisationen aus der Zivilgesellschaft, Kirchenleitern, Vertretern philippinischer Behörden und der Menschenrechtskommission.

Die Delegation wurde unter anderem empfangen von der Vereinigten Kirche Christi in den Philippinen (UCCP) durch Bischof Reuel Marigsa und den Nationalen Kirchenrat. Bei dem Treffen waren auch Angehörige von Opfern anwesend, darunter die Witwe des 2005 ermordeten Pfarrers Edison Lapuz und die Frau des ehemaligen politischen Gefangenen Pfarrer Berlin Guerrero.

Zahl der fabrizierten Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger steigt

Dr. Jochen Motte, Mitglied des Vorstandes der Vereinten Evangelischen Mission (VEM), bedauerte, dass trotz vieler Versprechungen, auch unter der Präsidentschaft von Benigno Aquino, keine substantiellen Fortschritte bei der Beendigung von Straflosigkeit, politischen Morden und sogenannten fabrizierten Anklagen, mit denen Menschenrechtsaktivisten kriminalisiert werden, zu verzeichnen sei.

Die Mitglieder der Delegation gaben ihrer Sorge darüber Ausdruck, dass es weiterhin zu Menschenrechtsverletzungen komme und es kaum Fort-

schritte bei der Beendigung der außergerichtlichen Hinrichtungen, des Verschwindenlassens und der Folter gebe. Zudem sei die wachsende Zahl sogenannter falscher oder fabrizierter Anklagen gegen einzelne Menschenrechtsverteidiger eine besorgniserregende Entwicklung. Sie ist dem AMP zufolge Ausdruck von Unzulänglichkeiten im Rechtssystem, die von der philippinischen Regierung beseitigt werden müssen.

Obwohl in den letzten Jahren institutionelle Reformen und rechtliche Maßnahmen durchgeführt wurden, zu denen auch die Verabschiedung nationaler Gesetze gegen Folter und Verschwindenlassen gehören, stellte die Delegation fest, dass sich die Lage kaum verbessert hat. Insbesondere kritisierte das AMP, dass entgegen den Versprechungen der Aquino-Regierung nur in sehr wenigen Fällen Personen, die Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, wirksam strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurden.

Daher forderte das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen die philippinische Regierung auf, die Kluft zwischen den fortschrittlichen nationalen Gesetzen und den andauernden Rechtsverletzungen zu schließen. Dies betreffe vor allem jene Verstöße, die von den staatlichen Sicherheitskräften begangen würden.

Viele der Verletzungen politischer und bürgerlicher Menschenrechte ereignen sich im Kontext wirtschaftlicher und sozialer Konflikte. Die Delegation wies daher nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, gegen diese Verletzungen anzugehen.

Die Delegation bekundete ihre Solidarität mit zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen und würdigte deren Engagement für den Schutz der Menschenrechte. AMP wird seine Partner auch weiterhin bei der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen auf internationaler Ebene unterstützen und den Opfern helfen, ihre Stimme zu erheben. Die VEM werde auch in Zukunft die UCCP beim Schutz von Menschenrechtsverteidigern unterstützen.

Anmerkung

Dem Beitrag liegt eine Pressemeldung der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) zugrunde. www.vemission.org